

Stand: 25.06.2026 10:16:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/307

"Prekäre Situation für Forstabsolventen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/307 vom 12.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1273 des LA vom 27.02.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 02.04.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Prekäre Situation für Forstabsolventen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, ob die Staatsregierung von ihren bisherigen Versprechungen und Ankündigungen abrückt und im Doppelhaushalt 2019/2020 keine neuen Stellen für Försterinnen und Förster wie angekündigt für das Waldumbauprogramm 2030 und den Waldpakt 2018 mit den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen bereitstellt.

Dabei sollen vor allem folgende Fragen beantwortet werden:

- Plant die Staatsregierung nach wie vor, wie im Jahr 2017 beschlossen, 200 zusätzliche staatliche Stellen für das Waldumbauprogramm 2030 bereit zu stellen?
- Wie viele zusätzlichen Stellen sieht der Haushaltsentwurf dafür in den Jahren 2019 und 2020 vor?
- Bekennt sich der Freistaat Bayern nach wie vor dazu, wie im Waldpakt 2018 beschlossen, für die Förderung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse die notwendigen Mittel ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 auf 10 Mio. Euro anzuheben?
- Sollen auch über das Jahr 2019 hinaus staatliche Koordinatorinnen und Koordinatoren bereitgestellt werden?
- Wie viele Stellen werden durch den Art. 6b Haushaltsgesetz bis 2022 noch abgebaut?
- Wie hoch wird die Gewinnerwartung für die Bayerischen Staatsforsten sein?

Begründung:

Die Staatsregierung plant offenbar, von ihren bisherigen Versprechungen und Ankündigungen abzurücken und im Doppelhaushalt 2019/2020 keine zusätzlichen Stellen und mehr finanzielle Mittel für das Waldumbauprogramm 2030 und den Waldpakt 2018 mit den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen bereit zu stellen. So kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung am 11.12.2018 an, bis 2030 rund 200.000 Hektar klimatolerante Wälder zu schaffen und im Koalitionsvertrag wurde sogar vereinbart dazu die Waldumbauoffensive 2030 weiter auszubauen. Die Waldumbauoffensive 2030 mit 200 neuen Stellen für die Forstverwaltung in den nächsten zehn Jahren wurde stets von der Staatsregierung und der CSU-Fraktion bestätigt, wobei stets betont wurde, dass ohne zusätzliche 20 Stellen und 20 Mio. Euro pro Jahr dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Denn aufgrund der überragenden Bedeutung der Wälder für das Allgemeinwohl und die zunehmenden klimabedingten Schäden wollte die

Staatsregierung eigentlich die Anpassung der Wälder an den Klimawandel deutlich forcieren. Mit dem Beschluss der Staatsregierung sollen bis 2030 insgesamt 200 neue Beraterförster-Stellen und 200 Mio. Euro zusätzliche Fördermittel bereitgestellt werden. Mit jährlich 20 neuen Stellen und 20 Mio. Euro pro Jahr, beginnend mit dem Nachtragshaushalt 2018, sollte künftig der jährliche Umbaufortschritt im Privat- und Körperschaftswald von durchschnittlich 6.000 auf 10.000 Hektar gesteigert werden. Daraus sollten sich 200.000 Hektar Waldumbau bis zum Jahr 2030 ergeben. Auch bei der Unterzeichnung des Waldpakts wurde von der Staatsregierung den bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern versprochen, die staatlichen Koordinatoren über das Jahr 2019 bereit zu stellen und die Förderung für die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 auf 10 Mio. Euro anzuheben.

auf Bundesebene zügig voranbringen!", Drucksache 18/302. Verehrte Damen und Herren, die Abstimmung ist noch nicht eröffnet. Die Wahlurnen stehen bereit. Damit ist die Abstimmung eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18:01 bis 18:04 Uhr)

Damit ist die Abstimmung geschlossen.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen zwei Abstimmungsergebnisse bekannt geben. Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen", Drucksache 18/303: Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zweite Bekanntgabe: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Islamunterricht an bayerischen Schulen verbieten", Drucksache 18/313: Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 153 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/304 mit 18/307 und 18/314 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe die **Listennummer 1** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

**Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner (SPD)
Investitionsprogramm zur Schaffung von zusätzlichen
Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger (Drs. 18/24)**

Ich darf sicherheitshalber die Aussprachezeiten bekannt geben: CSU-Fraktion sechs Minuten, GRÜNE vier Minuten, FREIE WÄHLER vier Minuten, AfD vier Minuten, SPD vier Minuten und FDP drei Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute unseren Antrag auf der Drucksache 18/24 zur Installation eines Investitionsprogramms zur Schaffung zusätzlicher Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger, umgangssprachlich auch Gülle genannt. Obgleich die FREIEN WÄHLER noch in der vergangenen Legislaturperiode unsere Forderung unterstützt haben, haben sie sich jetzt in der Regierung vom reflexhaften Verhalten der CSU anstecken lassen: Alle Forderungen der Opposition sind abzulehnen. – Die neue Regierungskoalition hat unser Ansinnen abgelehnt, weil man befürchtet, es könnte dann zu Verschärfungen im Düngerecht kommen und die Ausbringzeiten könnten infolgedessen verkürzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, da muss ich Ihnen ausgerechnet heute, wo Sie die ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit feiern, sagen, dass Sie wohl nicht ausreichend von Ihrem Koalitionspartner informiert wor-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/307

Prekäre Situation für Forstabsolventen

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Hans Urban**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 27. Februar 2019 beraten und für erledigt erklärt.

Dr. Leopold Herz
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 8 der Liste. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Rauscher, Fehlner, Halbleib und anderer (SPD) betreffend "Für ein buntes Bayern jetzt – 1 – Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!" auf Drucksache 18/237, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) ist nicht anwesend. Die Frage, ob er sich einem Fraktionsvotum und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will, erübrigt sich damit. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Doppelte Anrechnung des Familiengelds auf Sozialleistungen vermeiden
 Drs. 18/110, 18/501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zur sog. Prepperszene in Bayern
 Drs. 18/113, 18/1044 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seitenabstandsaufkleber 1,50 Meter zu Radfahrenden auf Heckscheiben der Polizei-Fahrzeuge
Drs. 18/153, 18/1046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende in Bayern II: Mehr Einsatz für Windenergie
Drs. 18/155, 18/678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl SPD
Kompetenznetzwerk Künstliche Maschinelle Intelligenz – Stärkung von KI-Kompetenzen an bayerischen Hochschulen
Drs. 18/203, 18/931 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Sichere Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern durch sinnvollen Energiemix und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke
Drs. 18/233, 18/1296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Familienfreundliches Teilzeit-Referendariat für Junglehrkräfte aller Schularten ermöglichen
Drs. 18/234, 18/681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für ein buntes Bayern jetzt – 1
Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!
Drs. 18/237, 18/749 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Zugabe von Mikroplastik dulden
Drs. 18/274, 18/1094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen I – Datenbank mit Angeboten etablieren
Drs. 18/277, 18/1257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen
Drs. 18/278, 18/1258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
 Pflegende Angehörige besser unterstützen III – Qualitätssicherung: Qualitätsstandards und -management
 Drs. 18/279, 18/1259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold u. a. SPD
 „Ausbildungsoffensive Pflege“ auch in Bayern zügig umsetzen!
 Drs. 18/281, 18/1260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Nachbesserungen beim Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) auf Bundesebene
 Drs. 18/285, 18/1261 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	ENTH

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft
Drs. 18/384, 18/580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Volker Bauer, Barbara Becker u. a. CSU
Prävention vor und Management von invasiven Tier- und Pflanzenarten
Drs. 18/395, 18/1093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen in Landesrecht umsetzen!
Drs. 18/420, 18/1291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wahlrecht reformieren – Beseitigung der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung bei Wahlen
Drs. 18/443, 18/1292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prekäre Situation für Forstabsolventen
Drs. 18/307, 18/1273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

26. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD
Bekanntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg
Drs. 18/223, 18/932 (ENTH)

**Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>